RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

9. Kalenderwoche

Armut in Deutschland auf neuem Höchststand?

Nach einem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverband sei die Armut in Deutschland auf dem Vormarsch. "Deutschland hat mit 15,7 Prozent Armutsquote einen neuen Höchststand, einen neuen Rekord seit der Vereinigung erreicht", sagte der Geschäftsführer des Verbandes, Ulrich Schneider, am Donnerstag in Berlin. Man habe wieder mit einem zunehmenden Trend der Armut zu tun, führte er weiter aus. Als arm gilt, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt. 2015 setzte der Verband die Armutsschwelle auf 1413 Euro monatlich für ein Paar ohne Kind an.

Problemregionen in Deutschland seien besonders die Bundeshauptstadt Berlin und das Ruhrgebiet. In Berlin stieg die Armutsquote um 2,4 Prozentpunkte - im Vergleich zum Vorjahr - auf 22,4 Prozent. Bei Betrachtung des Zehn-Jahres-Vergleichs weist Nordrhein-Westfalen mit 21,5 Prozent den stärksten Anstieg auf, hier ist besonders das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 20,2 Prozent betroffen. Im selben Zeitraum nahm die Armutsquote in ganz Deutschland um 6,8 Prozent zu. Besser sieht es in den östlichen Bundesländern aus, hier hätten die Bundesländer, bis auf Berlin, die Armutsquote merklich abgebaut, die Quote ist jedoch noch auf einem hohen Niveau.

Aus einer Anfrage der Linken im Bundestag ging hervor, dass mehr als 330.000 Haushalte in Deutschland binnen eines Jahres von einer Stromabschaltung betroffen waren. Von 2011 bis 2015 schwank die Anzahl der Stromabschaltungen zwischen 312.000 und 352.000 Haushalten, beruft sich die Bundesregierung auf Daten der Bundesnetzagentur. Im Durchschnitt lagen die Forderungen der Stromanbieter bei 119 Euro, bei Androhung den Strom abzuschalten. Insgesamt belief sich die Anzahl der gedrohten Stromabschaltungen auf 6,3 Millionen. Die Sprecherin der Linksfraktion für Energie und Klima, Eva Bulling Schröter, äußerte sich zu diesen Zahlen wie folgt: „Energiearmut in Deutschland ist für Millionen von Menschen eine stille Katastrophe, besonders in den kalten und dunklen Wintermonaten. […] Viele Menschen schämen sich ihrer Zahlungsunfähigkeit, sind stigmatisiert, ziehen sich bei Stromsperren von Freunden und sozialem Umfeld zurück, was besonders Kindern schadet“.

Experten bezweifeln jedoch die Armutsstatistik und bezeichnen sie als „unseriös und schwachsinnig“. Der Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik der Technischen Universität Dortmund sagte, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband kein Interesse an der tatsächlichen Entwicklung in Deutschland habe, da die Entwicklung ein Sinken der Armut aufweise. Weiter übt er Kritik an der Herangehensweise des Verbandes und erklärt, dass es vernünftiger sei, Bedarfe festzulegen und Warenkörbe zu erstellen, die regelmäßig aktualisiert werden, anstatt sich mit bloßen Prozentwerten am allgemeinen Einkommen zu orientieren.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze:
27. Februar bis 03. März

Kreditvergabe nimmt zu
Montag, 27. Februar - Die Kreditvergabe im Januar hat in der Eurozone zugenommen, meldete die EZB am Montag. So wurden 2,3 Prozent mehr Kredite an Unternehmen vergeben als vor Jahresfrist. Ebenso stieg die Kreditvergabe an Privathaushalte um 2,3 Prozent. Ein Ziel der EZB mit der lockeren Geldpolitik ist es, die Finanzierungsmöglichkeiten zu vergünstigen, um die Wirtschaft anzukurbeln und damit die Inflation ansteigen zu lassen. Der Anstieg der Kreditvergabe könne als Indiz für das Erreichen des Ziels gewertet werden. Neben der Kreditvergabe stieg auch die Geldmenge M3 im Januar um 4,9 Prozent an, die sich aus Bargeld, Einlagen auf Girokonten, kurzfristigen Geldmarktpapieren sowie Schuldverschreibungen bis zu zwei Jahren zusammensetzt. Eine stark ansteigende Geldmenge signalisiere eine Inflationsgefahr, so die Nachrichtenagentur Reuters.

Inflation in Deutschland steigt weiter
Mittwoch, 01. März - Zum ersten Mal seit vier Jahren wird in Deutschland eine Inflationsrate von über zwei Prozent erwartet. In sechs Bundesländern betrug die Inflationsrate im Februar zwischen 2,0 bis 2,5 Prozent, aus diesen Daten schätzt das Bundesamt für Statistik eine Inflationsrate von 2,2 Prozent für Deutschland im Februar.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

9. Kalenderwoche

Auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, hält es für „zu pauschal“ Menschen als arm zu bezeichnen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aufweisen können. Als Beispiel nennt er die 2,8 Millionen Studenten, die gehäuft in die Armutskategorie fallen, sich jedoch als gesellschaftspolitisch aktiv und zukünftige Leistungselite sehen würden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gibt zu bedenken, dass durch die gestiegenen Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse in der gesamten Breite der Bevölkerung auch das mittlere Einkommen gestiegen sei, welches als Orientierung für die Armutsschwelle genommen wird. Deshalb lasse sich die Armut in einer Wohlstandsgesellschaft nicht auf eine einzige Maßzahl beschränken. Andere Indikatoren wie die Anzahl der Langzeitarbeitslosen oder die Quote der Menschen, die an einer Unterversorgung von Alltagsgütern leide, weisen eine andere Richtung aus. Nicht zu verleugnen sei jedoch ein Anstieg der Armutsrisikoquote, dies sei aber keine neue Erkenntnis, erklärte das Ministerium, so die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Hintergrund: Armutsbericht 2017
FAZ: Wohlfahrtsverband sieht Armut auf neuem Höchststand

Ökonomen waren, nach einer Inflationsrate von 1,8 Prozent im Januar, von 2,1 Prozent im Februar ausgegangen. Als Grund für den Anstieg sei insbesondere der Anstieg der Energiepreise zu sehen, so stiegen die Preise für Benzin und Diesel in NRW um 19,1 Prozent im Vergleich zum Februar 2016.

Steigende Inflation in Türkei
Freitag, 03. März – Die Inflation in der Türkei ist im Februar um 10,13 Prozent im Vergleich zum Vormonat gestiegen. Es ist das erste Mal seit fünf Jahren, dass die Inflation im zweistelligen Bereich liegt.. Dieser enorme Anstieg dürfte die nationale Zentralbank zu einer Erhöhung des Leitzinses zwingen, so die Chefökonomin Gokce Celik der QNB Finanzbank. Trotz des starken Wertverlusts des Lira zum US-Dollar, beließ die Zentralbank den Leitzins im Januar bei acht Prozent, obwohl höhere Zinsen die Währung für Investoren attraktiver machen könnten und damit den Abwertungsdruck dämpfen. Der türkische Präsident Erdogan beabsichtigt, den Zins niedrig halten, um ein Anziehen der Konjunktur zu bewirken, berichtet Reuters.

Zahl der Woche:

9,6 Prozent

beträgt die Arbeitslosenquote im Euro-Raum im Januar. Insgesamt gibt es 56.000 Jobsuchende weniger als noch im Dezember und 1,1 Millionen weniger als vor einem Jahr.

Reuters